

# **Landesbibliothek Oldenburg**

**Digitalisierung von Drucken**

## **Nachrichten für Stadt Elsfleth und Umgebung. 1933-1940 1934**

59 (19.5.1934)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-892901](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-892901)

# Nachrichten für Stadt Eilsfleth und Umgebung



Die Nachrichten erscheinen jeden Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. Im Falle von unverschuldeten Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. Zeitung: 5. Zirk. Druck und Verlag von E. Zirk.

Anzeigenannahme bis spätestens Montag, Mittwoch, Freitag vor-mittags 9 Uhr. Größere Anzeigen tags vorher erbeten. Bei gerichtlicher Klage, Konturverfahren usw. wird etwa bewilligter Rabatt hinfällig.

Bezugspreis mit der Beilage „Zeit und Welt“ monatlich 1.00 RM ausschließlich Bestellgeld, Einzelpreis 10 Rpf. D. V. 34: 575. Druck und Verlag: E. Zirk, Eilsfleth. Anzeigenpreisliste: 5. Zirk, Eilsfleth. Grundpreise: Die 46 mm breite Anzeigenzeile 5 Rpf., Familienanzeigen die Millimeterzeile 4 Rpf. (nähere Bedingungen in der Anzeigenpreisliste), die 90 mm breite Zeile Millimeterzeile 20 Rpf. Verantwortlicher Anzeigenleiter: E. Zirk, Eilsfleth. Schließfach 17

Nr. 59

Eilsfleth, Sonnabend, den 19. Mai

1934

## Die Arbeitschlacht in Berlin

Ausflug an die Bevölkerung der Stadt Berlin und der Provinzen Brandenburg, Grenzmark Posen-Westpreußen, Pommern, Sachsen und Hannover.

Die zielbewusste, tatkräftige Führung unseres nationalsozialistischen Reiches hat — von dem Vertrauen des ganzen Volkes getragen — während des ersten Arbeitskampfjahres bereits die Hälfte aller arbeitslosen Volksgenossen der Arbeitslosigkeit entzogen. Überall im ganzen Reich wird getreu dem Befehl des Führers mit zäher Mut und unerschütterlichem Vertrauen gegen die Arbeitslosigkeit weiter gekämpft. Es entspricht aber nicht dem revolutionären Geist des Nationalsozialismus, den Feind nur an seinen schwächsten Stellen zu bekämpfen und zu warten, bis seine Macht allmählich dahinschwimmt. Mit dem Mut, mit dem er sich der Hauptmacht des Feindes kampfstark entgegenwirft, liegt der Glaube an den Sieg und damit ein Teil des zu verpfehlenden Erfolges beschlossen. Der nationalsozialistische Staat wartet nicht, bis in den Dörfern und kleineren Städten die Arbeitslosigkeit ganz niedrigerungen ist, um dann auch die Hochburgen der Arbeitslosigkeit — die Großstädte und Großbetriebsbezirke — langsam von dieser Volksnot zu befreien, er nimmt diesen Kampf gegen die stärkste Festung möglichst frühzeitig auf, um in geschlossener Front vorgehen zu können.

Bereits vor der Eröffnung der diesjährigen Arbeitschlacht durch den Führer hat der preussische Ministerpräsident die notwendigen Anweisungen für die Aufnahme des Kampfes zur Freimachung der Reichshauptstadt von Arbeitslosen durch den Staatskommissar der Hauptstadt Berlin gegeben. Die Vorbereitungen sind nun abgeschlossen, der Angriff wird vorgetragen.

Bei der großen Zahl der Erwerbslosen kann die Stadt Berlin diesen Kampf nicht allein durchführen. Die benachbarten Provinzen sind mit der Wirtschaft der Reichshauptstadt auf Gedeih und Verderb verbunden. Sie sind damit naturgemäß in den Berliner Arbeitskampf eingeschlossen. Sie werden selbst den größten wirtschaftlichen Erfolg davon haben, wenn die Abnehmer insbesondere ihrer landwirtschaftlichen Erzeugnisse nicht Arbeitslose sind, die notdürftig von Unterhaltungen leben, sondern kaufkräftig gewordene erwerbstätige Volksgenossen.

Der „Berliner Plan“ der die Bezeichnung „Öring-Plan“ trägt, umfasst folgende Maßnahmen:

1. Behinderung des Zuzugs Arbeitsuchender nach Berlin;
2. die Inangriffnahme große Werte schaffender Arbeiten, die zehntausenden neue Arbeitsplätze geben;
3. Unterbindung jeder Schwarzarbeit;
4. Behebung von Frauenarbeitsplätzen, die für Frauen ungeeignet sind, durch verheiratete Männer;
5. Rückführung Jugendlicher in Land- und Hauswirtschaft.

Notwendig für den Erfolg der Maßnahmen des Berliner Arbeitskampfes ist das verständnisvolle freundliche Mitgehen aller. Jeder muß sich dessen bewußt sein, daß diese Maßnahmen getroffen werden, um unseren arbeitslosen Volksgenossen zu helfen und sie durch Arbeit wieder zum wertvollen Menschen zu machen. Die angeordneten Maßnahmen sind geboten aus der Notwendigkeit heraus, die in den Jahren der Misshandlung durch falsch eingeleitete Arbeitskraft und fehlerhaftes Volksergebnis herodotusartige Unordnung organisch und planvoll zu einer gelunden Volkswirtschaft umzugestalten. Der Berliner Arbeitskampf, der „Öring-Plan“, wird durch Schaffung neuer Arbeitsmöglichkeiten auch eine Vereinigung der vielfach noch fehlbelegten Arbeitsplätze bringen. Er wird zur Hebung der Kaufkraft, zur Stärkung des Binnenmarktes führen, hin zu dem Ziel einer organisch aufgebauten, selbstgenügsamen Volkswirtschaft.

Zunächst jedem einen Arbeitsplatz, dann jedem seinen Arbeitsplatz.

Berlin als Hauptstadt Hitler-Deutschlands und die mit ihm eng verbundenen umgebenden Provinzen haben jetzt zu zeigen, welche Kraft in ihnen steckt. Durch den nationalsozialistischen Motor fähig vorwärts gerieben, will gerade auch die Reichshauptstadt, auch die ganze Welt best, beweisen, daß bei einheitlichem Willen und einheitlichem Wirken jeder Arbeitsfähige und Arbeitswillige die Möglichkeit erhalten kann, seine Kraft für die Volksgemeinschaft einzusetzen.

In diesem Ziel mitzuarbeiten ist Pflicht und Schuldigkeit jedes einzelnen. Wir rufen alle hierzu auf. Wer an diesem großen Werke mithilft, bekämpft am wirksamsten nach dem Willen des Führers die Kleinläubigen und Nörgler. Nur die Zusammenfassung der Kräfte aller verbürgt den Aufbau des Dritten Reiches.

Veg. Der Staatskommissar der Hauptstadt Berlin, Dr. Appert. — Der Oberbürgermeister der Stadt Berlin, Dr. Schum. — Der stellvertretende Gauleiter von Groß-Berlin, Göttinger. — Bürgermeister der Stadt Berlin, Dr. Mareß. — Der Präsident der Reichsamt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, Dr. Geyrup. — Der Oberpräsident der Provinzen Brandenburg, Grenzmark Posen-Westpreußen und Gauleiter der Kurmark, Rube. — Der Oberpräsident der Provinz Hannover, Luße. — Die Gaulei-

ter von Hannover-Ost, Hannover-Süd und Weser-Ems (für die hannoverschen Teile des Gau), Tschorn, i. B. Schmalz, Räder. — Der stellvertretende Präsident des Landesarbeitsamtes Brandenburg, Dr. Köning. — Der Präsident des Landesarbeitsamtes Niederachsen, Dr. Kappan. — Der Oberpräsident der Provinz Pommern, i. B. Wadenen. — Der Gauleiter von Pommern, Karpenstein. — Der Präsident des Landesarbeitsamtes Pommern, Kerschmann. — Der Oberpräsident der Provinz Sachsen, von Illich. — Die Gauleiter von Anhalt, Anhalt und Hall-Verkeberg, Köper, Jordan. — Der Präsident des Landesarbeitsamtes Mitteldeutschland, Dr. Löblich.

## Gegen Preissteigerungen

Scharfe Maßnahmen der Reichsregierung.

Die von der Reichsregierung auch im laufenden Jahre fortgesetzten Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit haben der Wirtschaft erhebliche Aufträge zugeführt und eine weitere erfreuliche Belebung herbeigeführt. Diesen wirtschaftlichen Auftrieb veruchen leider einige Unternehmer zu einer ungerechtfertigten Gewinnsteigerung auszunutzen. Die Reichsregierung ist entschlossen, dem ganz entschieden entgegenzutreten.

Für lebenswichtige Gegenstände des täglichen Bedarfs und lebenswichtige Leistungen zur Befriedigung des täglichen Bedarfs dürfen bei uns weiteres ohne Einwilligung der zuständigen Preisüberwachungsstelle von Verbänden oder anderen Zusammenschlüssen keine Mindestpreise, Mindestverarbeitungspreisen, Mindesthandelspreisen, Höchstmehrpreise oder Mindestzuschläge für den inländischen Geschäftsverkehr verabredet, festgesetzt oder empfohlen werden. Soweit solche Verabredungen, Festsetzungen oder Empfehlungen bereits bestehen, dürfen sie ohne Einwilligung der Preisüberwachungsstelle nicht zum Nachteil der Abnehmer verändert werden. Von dieser Bestimmung werden u. a. auch Bauhöfe und Bauleistungen betroffen. Soweit bisher Behörden auf Grund der Verordnung vom 8. Dezember 1931 Mindestpreise festgesetzt haben, werden diese aufgehoben.

Die Bestimmungen der Verordnung beziehen sich dagegen nicht auf landwirtschaftliche Erzeugnisse und Leistungen, auf Preisfestlegungen in Durchführung des Gesetzes zur Bekämpfung der Notlage der Binnenwirtschaft und des Kulturamtergesetzes. Preisüberwachungsstellen sind für örtlich begrenzte Preisregelungen die Regierungspräsidenten, in den übrigen Ländern die obersten Landesbehörden, die sonstigen Preisregelungen zu bearbeiten, hat sich der Reichswirtschaftsminister selbst vorbehalten.

## Deutscher Arbeitskongress

Großes ist geleistet worden

Im Sitzungslokal des ehemaligen Preussischen Herrenhauses, dem jetzigen Preußenhaus, wurde der 2. Deutsche Arbeitskongress in feierlicher Weise eröffnet. Die Gegenwart fast aller führenden Persönlichkeiten des politischen und wirtschaftlichen Lebens bewies eindringlich, wozu großer Wandel sich in der Bewertung der Arbeit in Deutschland seit der Machtübernahme durch den Nationalsozialismus vollzogen hat.

Der Leiter des Führeramtes der Deutschen Arbeitsfront und der PD., Hg. Rudolf Schmeier, eröffnete den 2. Deutschen Arbeitskongress.

### Dr. Ley

Der Führer der Deutschen Arbeitsfront ging in seiner großen Rede davon aus, daß ihn der Führer vor einem Jahr mit der Übernahme der Gewerkschaften beauftragt habe. Zur Umorganisation der Gewerkschaften hätten drei Wege offengehalten: 1. ein Verbot jeglicher Neubildung von politischen und gewerkschaftlichen Organisationen, 2. die Bildung einer Einheitsgewerkschaft der Arbeiter und Angehörten, der gegenüber ein Einheitsverband der Unternehmer zu bilden gewesen wäre und 3. die sofortige Inangriffnahme der Durchführung des nationalsozialistischen Sozialrechts, der Volksgemeinschaft, Arbeitnehmer und Arbeitgeber zusammenzuführen und die Interessenvertretung des einzelnen auf eine ganz neue Ebene zu stellen, den Gedanken der sozialen Ehre und der Unantastbarkeit in diese Gemeinschaft einzubauen und damit das ganze Volk nach dem Vorbild der NSDAP zu organisieren. Er, Dr. Ley habe den dritten Weg gewählt, der fähig der weitaus gefahrloser, aber auch der schönste und erfolgversprechendste sei.

Es sei in kürzester Zeit gelungen, das Vertrauen der werktätigen Massen zu erobern. Trotz schwerer Schicksalstrungen sei die Arbeitsfront von 5 Millionen Mitgliedern in einem Jahr auf 23 Millionen angewachsen. Die Umordnung und Neugestaltung sei nicht nur bei den freien Gewerkschaften sondern auch bei den christlichen und bei dem deutschnationalen Handlungsgehilfenverband vorhanden gewesen. Trotzdem seien in knapp drei Monaten dank der Tätigkeit eines für alle Verbände gebildeten einheitlichen Schlichtungsausschusses die Schulden der Verbände abgetragen und neue Bankguthaben angelegt worden.

Die Interessengegenüber der einzelnen Menschen könnten niemals im Volk befriedigt werden. Es müsse sein, daß der eine fordere und der andere bemilliche oder abstrage. Aber beide Teile sollten offen und ehrlich zueinander sein. Es gehe nicht an, daß man Opfer verlange, während große Dividenden ausgeschüttet würden. Ebenso gehe es nicht an, daß man aus Schwäche und Feigheit den Lohnforderungen immer wieder nachgebe und schließlich die Existenz des Betriebes gefährde. Keine fleischliche Arbeiterfront und keine verführerische und verhängnisvolle Arbeitergewerkschaft, sondern Herrenmensch, Menschen von Stolz, der auf Leistung gegründet sei!

Die Berufsgruppen sollten erreichen, daß alle deutschen schaffenden Menschen, genau so wie sie ihrer Soldatenpflicht genügen, auch ihrer Arbeitspflicht genügen. Die Arbeitsfront werde ihre neue Organisationsform bis spätestens 1. Oktober reiflos durchgeführt haben. Dann gehöre jeder Deutsche in die Partei oder in die Arbeitsfront, irgendwo in Deutschland zu einem Block, in dem festgelegt werden könne, ob er anständig oder unanständig denke und handle. Außerdem könne sich keiner mehr dem Einfluß der Gemeinschaft entziehen. Für alle Zeiten sei ein Auseinanderstreben von Arbeiter und Unternehmer unterlag. Die Arbeitsfront werde alsdann, geführt von der Partei, die Menschen nicht mehr loslassen, jeder in Deutschland werde gezwungen sein, an dem Aufbau mitzuverbalten.

Die Arbeitsfront sei Mittel zum Zweck, um der lebensbejahenden Idee des Nationalsozialismus in dem Ausbruch „Kraft durch Freude“ zum Siege zu verhelfen.

In der Partei seien 4 Millionen, in der Arbeitsfront 23 Millionen und darüber hinaus in „Kraft durch Freude“ weitere 8 Millionen organisiert. Das gesamte deutsche Volk befände sich im gleichen Rhythmus der nationalsozialistischen Weltanschauung. Wer sich entgegenstelle, der werde zertreten und vernichtet werden.

## Die Rede des Führers

In seiner Rede vor dem Zweiten Deutschen Arbeitskongress ging der Führer, Reichsführer Adolf Hitler, aus von den großen organisatorischen Leistungen des heutigen Deutschland, von denen eine der größten sicherlich die Ersaffung der im wirtschaftlichen Leben stehenden Menschen sei. Im deutschen Volk habe sich unbedeutet eine große und tiefe innere Sehnsucht nach einer Erlösung aus den früheren Formen unseres organisatorischen Lebens geltend gemacht, um so mehr, als Theorie und Wirklichkeit bereits weit auseinandergefallen waren. Auf allen Gebieten sei die marxistische Theorie durch die marxistische Praxis widerlegt worden. Das habe das Volk auch empfunden. Weder das Bürgertum noch das Proletariat in seinem überwiegenden Teil waren bereit, für ihre Ueberzeugung Opfer zu bringen oder gar zu sterben.

Wir haben mit einem Schlage Tatsachen geschaffen, und die Entwicklung hat uns bestätigt, daß der überwindende Teil der deutschen Arbeiter innerlich nicht mehr am Marxismus hing.

Aber es genügt natürlich nicht, Organisationen zu zerlegen und neue aufzubauen, sondern es sei notwendig, daß das ganze deutsche Volk aus der Enttäuschung innerlich ferne, und daß es die neu gewonnenen Erkenntnisse oernehmlich und richtig anwende. Alles Organisierte, vom Staat angefangen bis hinunter zur kleinsten Zelle, habe nur dann einen Sinn und Zweck, wenn die Lebenserhaltung damit in einem höheren Sinn und in einem weiteren Umfang gewährleistet werde.

Das könne aber immer leichter gelingen, wenn die Differenzen, die vorhanden sind, ausgeglichen werden durch die Zusammenfassung der Menschen. Es sei also der Zweck einer Organisation, ungleichartige Lebewesen zusammenzufassen, um sie zu gemeinsamem Handeln zu bringen. Damit werde eine Gedankenebene verlassen, die im Marxismus ihren schärfsten Ausdruck gefunden hat, nämlich die Ebene der sogenannten Gleichartigkeit der Menschen.

Ein Sozialismus um des Sozialismus willen, existiert nicht.

Die Lebenshaltung der Menschen werde nicht gelindert durch Theorien, sondern durch Arbeit und immer wieder nur durch Arbeit. Der Führer schärfte dann die Triebkräfte, die den Menschen überhaupt zur Arbeit führen.

Man müsse ausgehen von der Tatsache der Ungleichheit der Veranlagungen und Fähigkeiten. Dann aber können wir zu der Ueberzeugung, daß auch die Ueiltungen ungleichartig sind und sein werden. Man müsse schließlich einsehen, daß damit auch die Fähigkeit zur Verwirklichung des Geisteslebens zu allen Zeiten eine nicht gleichartige sein werde. Mit anderen Worten komme man hier zwangsläufig aus der sehr primitiven Ebene kommunikativer Auffassungen in eine höhere Ebene, die durch die Tatsache des Privatigentums gekennzeichnet wird.

Damit sei die Basis des Privateigentums gegeben. Im Hinblick auf die Geistesarten, die dieses an sich natürliche Prinzip in sich trage, müsse nun allerdings eine Modifikation Platz greifen, nämlich daß über diesen sogenannten freien Spiel der Kräfte der Grundlag des gemeinsamen Tuns vor dem eigenen, egoistischen Nutzen zu stehen hat.





